

## Holzenkamp fordert politische Klarheit - Genossenschaften zu Veränderungen bereit

Baldige politische Klarheit in Brüssel und Berlin erwartet der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Franz-Josef Holzenkamp. „Eine monatelange Hängepartie wäre nicht nur aus Sicht der Agrarwirtschaft, sondern auch gesellschaftspolitisch desaströs und hätte einen weiteren Vertrauensverlust in die Politik zur Folge“, so Holzenkamp zur Entscheidungsfindung auf EU-Ebene. Im Bund sieht er Union und SPD gefordert, den Koalitionsvertrag abzarbeiten. Mit Nachdruck verteidigt Holzenkamp die Reform der Düngeverordnung von 2017. Er betont die Bereitschaft der genossenschaftlichen Unternehmen und der Agrarwirtschaft insgesamt, sich auf veränderte gesellschaftliche Anforderungen einzustellen.

Länderberichte 1

## Entwurf zur Kastenstandhaltung liegt vor - DBV fordert Unterstützung für Sauenhalter

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat einen Verordnungsentwurf für eine Neuregelung der Haltung von Sauen im Kastenstand vorgelegt. Dieser sieht strengere Anforderungen hinsichtlich der Fixationszeit sowie in den Abmessungen der Kastenstände sowohl im Deckzentrum als auch im Abferkelbereich vor. Für die Umsetzung der neuen Vorgaben soll den Sauenhaltern ein Zeitraum von 15 Jahren eingeräumt werden, der in Härtefällen um bis zu zwei Jahre verlängert werden kann. Der DBV kritisierte eine Reihe praxisfremder Detailregelungen sowie insbesondere die Neuregelung der Abferkelbuch auch für Altgebäude und forderte eine umfassende Unterstützung für die Sauenhalter.

Länderberichte 27

## Bundesfinanzministerium sendet positive Signale zu Dürrepolice

In Sachen Dürrepolice gibt es vom Bundesfinanzministerium positive Signale. Es sei geplant, „das Versicherungsteuergesetz entsprechend zu ändern“, heißt es in einem aktuellen Schreiben des Finanzressorts an das Bundeslandwirtschaftsministerium zu dessen Forderung nach einem ermäßigten Steuersatz für Dürreversicherungen. Das teilte das Agrarressort gegenüber AGRA-EUROPE mit. Wenige Tage zuvor beschloss die Mainzer Landesregierung einen Entschließungsantrag für den Bundesrat, in dem gefordert wird, die Steuer für Dürreversicherungen von 19 % auf den ermäßigten Satz von 0,03 % zu senken. Zudem soll der Bund weitere Instrumente zur Förderung des Risikomanagements ermöglichen.

Länderberichte 26

## EU-Wahl: Viele Agrar- politiker wieder dabei

Im neuen Europaparlament werden wieder zahlreiche Agrarpolitiker sitzen. Gemäß dem vorläufigen amtlichen Ergebnis konnten von deutscher Seite alle führenden, an der Landwirtschaft interessierten EU-Abgeordneten ihr Mandat verteidigen. Erstmals ins Parlament einziehen wird die bisherige CSU-Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler, die auf ihren Parteikollegen Albert Deß folgt, der nicht mehr kandidiert hatte. Neu dabei ist auch der frühere Agrarkommissar Dr. Dacian Cioloş, der bereits sein Interesse an einem Sitz im Landwirtschaftsausschuss bekundet hat. Gleiches gilt für die Fernsehköchin Sarah Wiener von den österreichischen Grünen. Zu den prominenten Verlierern gehört der Pole Czesław Adam Siekierski, der zuletzt den Ausschussvorsitz innehatte. Auch die Spanierin Esther Herranz García, die als Berichterstatterin für die Verordnung zu den Strategieplänen der GAP nach 2020 fungiert hatte, wurde nicht wiedergewählt. Wie in Deutschland haben auch bei der EU-Wahl insgesamt die beiden größten Gruppen, die EVP und die S&D, Verluste zu verkraften. Während die EVP von 216 auf 179 Sitze abrutschte, verlor die S&D 31 Mandate und kommt nur noch auf 153. Gewinner sind die Liberalen und die Grünen, die ihre Abgeordnetenzahl von 69 auf 105 sowie von 52 auf 69 erhöhten. Den rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Parteien werden 112 Mandate zugeordnet, verglichen mit zuvor nur 78. COPA-Präsident Joachim Rukwied zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden. Er appellierte an das neue Parlament, jetzt schnellstmöglich die Eckpunkte und Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft abzustecken.

EU-Nachrichten 1 und 4